

Mitte-Präsident kündigt seinen Rücktritt an

Ende August tritt Paul Rutishauser als Kantonalpräsident der Thurgauer Mitte-Partei ab. In seiner Amtszeit hat sich die CVP in «Die Mitte» umbenannt. Mit dem neuem Namen sei die Partei im Aufbruch und dadurch der ideale Moment gekommen, die Parteiführung in jüngere Hände zu geben, so der 64-Jährige gemäss einer Medienmitteilung. Der Zeitpunkt des Rücktritts sei bewusst so gewählt, damit die Person, welche die Nachfolge von Rutishauser antreten werde, die nötige Zeit habe, sich in das Amt einzuleben und die Wahlvorbereitungen 2023/24 aktiv zu gestalten.

Rutishauser übernahm 2016 das Präsidium der Kantonalpartei. Im Sommer erreicht er nun das Pensionsalter und werde die freie Zeit für seine zweite grosse Passion nutzen, das Reisen. Die Mitte Thurgau dankt Paul Rutis-



Thurgauer Mitte-Präsident Paul Rutishauser. Bild: Donato Caspari

hauser in der Mitteilung «für seinen grossen und unermüdlischen Einsatz für die Partei und wünscht ihrem Präsidenten für seine Zukunft alles Gute». Die Nachfolgerin oder der Nachfolger wird an der Delegiertenversammlung vom 30. August 2022 in Kreuzlingen gewählt, schreibt die Partei weiter. (sme)

Ansturm auf die Kinderpsychiatrie

Regierungsrat Urs Martin besuchte am Tag der Kranken die Kinder- und Jugendpsychiatrie in Littenheid.

Christof Lampart

Dass der Chef des kantonalen Departements für Gesundheit und Finanzen am Sonntagvormittag bei der Clenia Littenheid AG im Hinterthurgau vorbeischaute und sich ganz der Kinder- und Jugendpsychiatrie widmete, war kein Zufall. Denn «Littenheid wurde in den letzten zwei Jahren förmlich überannt, weil Kinder und Jugendliche während der Pandemie eine ganz schwere Zeit durchgemacht haben», wusste Martin.

Generell wolle er mit dem Motto «Lebe dein Leben» allen, die an einer chronischen Krankheit litten, Mut machen, sodass sie «das Glas halb voll und nicht halb leer sehen», so Martin.

Unter Druck Platzzahl deutlich erhöht

Freude am Leben – das wollen und sollen auch die Kinder und Jugendlichen zurückgewinnen, die in Littenheid stationär behandelt werden. Zwar sei der Bedarf an stationären Plätzen schon vor der Pandemie gross gewesen, aber Ende 2020 sei die Zahl der Anfragen nach stationären Behandlungen «regelmässig explodiert und verharrt auf einem hohen Niveau», beschrieb der Chefarzt des Zentrums für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, Lars Wöckel, die Gegenwart.

Der Ansturm führte dazu, dass nun auf den 1. April hin mit dem Haus Sonnegg in Littenheid eine neue stationäre Gruppe für elf Kinder und Jugendliche offiziell eröffnet wird. Laut Daniel Wild, Klinikdirektor der Clenia Littenheid AG, wäre es



Lars Wöckel, Chefarzt in Littenheid, Regierungsrat Urs Martin und Klinikdirektor Daniel Wild.

Bild: Ralph Ribi

ohne die neue Station gar nicht mehr gegangen: «Wir waren massiv unter Druck und können nun unser Gesamtangebot von 53 auf 64 Plätze erhöhen, womit wir die grösste jugend- und kinderpsychiatrische Klinik in der Schweiz sind.»

Zwar bräuchte der Thurgau allein nicht so viele Behandlungsplätze. Doch da die Clenia Littenheid AG auch Vertragsklinik für die Kantone Schaffhausen, Zürich, Uri, Schwyz, Zug, Glarus, Graubünden, beide Ap-

penzell und das Fürstentum Liechtenstein ist, «ist die Nachfrage sehr hoch», betonte Wild.

Noch keinen Long-Covid-Fall

Laut Lars Wöckel gibt es mehrere Gründe dafür, warum Corona den Kindern und Jugendlichen so zusetze. Zum einen habe die Pandemie die Lebensqualität der Familien verschlechtert. Homeschooling und fehlende soziale Kontakte ausserhalb der eigenen Kernfamilie hätten Kin-

der und Jugendliche sehr stark belastet. Dies wiederum führte in der Altersgruppe zur erhöhten Suizidalität, zu Selbstverletzungen und emotionalen Störungen. Dabei seien Jugendliche, die bereits vor der Coronapandemie unter psychiatrischen Vorerkrankungen litten, «besonders gefährdet». Weniger deutlich, da schwer abgrenzbar, sind in der Kinder- und Jugendpsychiatrie die Auswirkungen von Long Covid bei Kindern und Teenagern auszumachen. «Wir

wissen zwar mittlerweile, dass es bei Kindern Long Covid gibt, aber die Datenmenge bei den bis jetzt erhobenen Studien weist eine zu hohe Streuung auf, um zuverlässig zu sein», so Wöckel. Etwas konnte der Mediziner jedoch ausschliessen: «Wir hatten bei uns in Littenheid in der Kinder- und Jugendpsychiatrie noch keinen einzigen Coronafall aus dem sich Long Covid oder andere somatische Beschwerden entwickelt haben», erklärte Wöckel.

Tradition statt Technik: Regierung versenkt den Parlamentssaal

Nicht im bodenständigen Thurgau: Der Wunsch nach einer modernen Infrastruktur für den Ratsbetrieb stösst auf Ablehnung.

Silvan Meile

Es war noch gar nie anders. Seit 1831 tagt der Thurgauer Grosse Rat an zwei unterschiedlichen Orten. Das Rathaus Frauenfeld wechselt sich mit jenem in Weinfelden halbjährlich als Tagungsort ab. Diese aus der Geschichte gewachsene Tradition hält die Regierung hoch und gewichtet sie als «schweizweites Alleinstellungsmerkmal», wie sie in der Beantwortung der Motion «Ratssaal für den Grossen Rat» unterstreicht.

Sogar in der Kantonsverfassung sind die beiden Tagungsorte festgehalten. Das lasse darauf schliessen, «dass es dabei nicht nur um ein nebensächliches Detail geht», stellt die Thurgauer Regierung klar und macht deutlich, dass sie nicht an dieser Tradition rütteln möchte. Gründe gäbe es aber schon.

«Tradition ist wertvoll, wenn sie von Nutzen ist»

SP-Kantonsrat Turi Schallenberg (Bürglen) ist der Meinung, das Kantonsparlament habe eine moderne Infrastruktur ver-

dient. Denn für 130 Ratsmitglieder sind die Platzverhältnisse in den beiden Ratssälen relativ eng. Die «Festbankbestuhlung» mit vier langen Tischreihen sei für den Ratsbetrieb nicht ideal und für den oft hohen Lärmpegel mitverantwortlich.

Schallenberg sagt, dass der Auslöser für seine Motion die negative Haltung der Regierung zu einem elektronischen Abstimmungssystem gewesen sei. Weil ein solches an beiden Standorten einsetzbar sein müsste, erachtet es der Kanton als zu teuer. Deshalb marschieren im Thurgauer Kantonsparlament die Stimmzähler jeweils durch die Tischreihen und zählen jene Kantonsrätinnen und Kantonsräte, welche sich vom Sitz erheben, als Ja-Stimmen.

Ein elektronisches Abstimmungssystem wäre zeitsparender und transparenter. «Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger könnten nachschauen, wie ihre Vertreter im Rat abstimmen», sagt Schallenberg. Auch Mikrofone an den Sitzplätzen würden zu einem speditiveren Sitzungsablauf führen. Der

Rat habe ein Digitalisierungsschub nötig. «Tradition ist wertvoll, wenn sie von Nutzen ist», sagt Schallenberg. Hier müsse man aber den Mut haben, einen Schritt vorwärts zu machen.

Regierung fürchtet eine «Machtkonzentration»

Auch der Regierungsrat sieht in einem festen Tagungsort gewisse Vorteile. «Ein eigener Ratssaal würde zur Vereinfachung der Abläufe und zu mehr Effizienz auf Seiten der Parlaments-

dienste führen.» Nebst technischer Ausrüstung könnten Kommissions- und Fraktionszimmer geschaffen werden. «Auch Nebenräume wie ein Backoffice für die Parlamentsdienste und Medienschaffende, Wickel- und Stillzimmer, sanitäre Anlagen, Zuschauerplätze sowie ein Foyer mit einer Wandelhalle und einer Cafeteria etc. könnten ins Auge gefasst werden», schreibt die Regierung. Dennoch würden die Nachteile überwiegen.



Der Grosse Rat tagt halbjährlich in Weinfelden. Eher untypisch für ein Parlament ist die «Festbankbestuhlung». Bild: Donato Caspari

Denn der halbjährliche Sitzungswechsel des Grossen Rates schaffe eine gewisse Balance zwischen den verschiedenen Regionen des Kantons, hält die Regierung fest. «Ein eigener Ratssaal in Frauenfeld dürfte bei einem Grossteil der Thurgauer Bevölkerung als unerwünschte Machtkonzentration» verstanden werden. Ausserdem bezeichne sich der Thurgau gerne als sparsam und bodenständig. «Politik und Verwaltung brauchen keine eigenen «Paläste».» Das Stimmvolk lege stattdessen Wert auf «geerdete» Politikerinnen und Politiker. «Es kann daher davon ausgegangen werden, dass der Bau eines eigenen Ratssaals auf breite Ablehnung stossen würde.» Dafür müsste auch die Kantonsverfassung geändert werden. Ausserdem rechnet der Regierungsrat mit Kosten von mehreren Millionen Franken.

Ein Vorbild aus dem Kanton Graubünden

Turi Schallenberg ist enttäuscht von der Antwort. Auch ihm sei Tradition wichtig. Er fragt sich

aber, wie wesentlich für die Bevölkerung ein pendelndes Parlament ist. Vielleicht sei ihr ja ein elektronisches Abstimmungssystem mit Offenlegung des Stimmverhaltens der Politiker im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips wichtiger. Schade sei auch, dass die Regierung für einen eigenen Parlamentssaal nur von einem millionenteuren Neubau auf der grünen Wiese ausgehe. Die Möglichkeit, in einem bestehenden Gebäude einen Parlamentssitz einzurichten, der auch für andere Nutzungen offenstünde, werde ausgeblendet. Das Anliegen wird noch im Grossen Rat diskutiert.

Schallenberg denkt an den Grossen Rat Graubünden. In Chur wurde ein einst als Kaserne erstelltes Gebäude für das Kantonsparlament umgebaut. Mit dem Wandbild «Der Zusammenschluss der Drei Bünde» von Alois Carigiet ist darin die Kantonsgeschichte präsent. «So etwas müsste doch auch bei uns möglich sein», findet Schallenberg, «mit Materialien und Handwerkskunst aus dem Thurgau.»